

## Bericht der A-L zur GR-Sitzung vom 30.06.2025

### Zweck:

Wie bereits von uns angekündigt, möchten wir Euch in Zukunft offen und klar über **unsere Arbeit im Gemeinderat** informieren, damit die **Bevölkerung weiß**, für was **wir stehen**, wo wir **zugestimmt haben** bzw. wo wir **dagegen waren** und **warum**.

Die einzelnen Inhalte zu den jeweiligen GR-Sitzungen können im Detail auf der Homepage der Marktgemeinde Liebenfels (<https://www.liebenfels.at/buergerservice/sitzungsprotokolle-des-gemeinderates/>) nachgelesen werden.

Am 30.06.2025 mit Beginn um 19.00 Uhr fand eine Sitzung des Gemeinderates der Marktgemeinde Liebenfels im Gemeinschafts- und Schulungsraum der FF Liebenfels statt.

**Die Tagesordnungspunkte (TOP) waren folgende:** *(zu den markierten TOP erfolgten Wortmeldungen der A-L)*

- 1.) **Eröffnung und Begrüßung**
- 1a) Nachwahl im Gemeinderat gem. § 21 K-AGO *(zu Beginn GR-Sitzung aufgenommen)*
- 2.) Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 3.) **Behandlung der Niederschrift vom 27.03.2025**
- 4.) **Bestellung von zwei Mitgliedern des Gemeinderates zur Unterfertigung der Niederschrift**
- 4a) **Deponie Zweikirchen** *(zu Beginn GR-Sitzung aufgenommen)*
- 5.) **Bericht Bürgermeister**
- 6.) Bericht Kontrollausschuss
- 7.) **Anpassung Kinderbetreuungsordnung**
- 8.) Anpassung Tarifordnung GTS
- 9.) **Tauwettersperren – Anhebung Gewichtsbeschränkungen**
- 10.) **Rüsthaus Sörg – geplanter Zubau und Finanzierungsplan**
- 11.) **1. Nachtragsvoranschlag 2025**
- 12.) **Postbus Shuttle Sonnenland**
- 13.) Fördervertrag Waldfonds – öffentliches Gebäude in Holzbauweise (Volksschule)

### Vertraulicher Teil:

Im vertraulichen Teil wurden finanzauswirkende Personalangelegenheiten behandelt. Die **A-L** hat hier in Ihrer Wortmeldung **zugestimmt**, mit dem Verweis, dass es sich dabei um eine **Maßnahme der laufenden Verwaltung** handelt.

# GR-Sitzung

## Verhalten der A-L (vertreten durch GR Wipperfürth) zu den einzelnen Punkten:

Wenn nicht anders angeführt, wurde durch die A-L den oben angeführten TOP ohne eine Wortmeldung dazu, zugestimmt.

### **Zu 1** Eröffnung und Begrüßung:

Sobald die GR-Sitzung durch den Bgm. Köchl eröffnet wurde, trat GR Wipperfürth vor und übergibt einen **gemeinsamen Dringlichkeitsantrag** gem. § 42 K-AGO der Fraktionen **A-L, FPÖ, ÖVP** und **FGL** bzgl. der **Aufnahme eines TOP** „Beratung und Beschlussfassung über die weitere Vorgehensweise bezüglich des AWG-Verfahrens Deponie Zweikirchen“ bei der Gemeinderatssitzung am 30.06.2025.

### **Zu 3)** Behandlung der Niederschrift vom 27.03.2025:

Hier erfolgte keine Wortmeldung der A-L, jedoch wurde der **Einspruch der A-L** zum GR-Sitzungsprotokoll vom 27.03.2025 gem. **Aussage des Bgm. Köchl** von den **Protokollzeugen zur Kenntnis genommen** und **richtiggestellt**, sowie das **korrigierte GR-Sitzungsprotokoll** von den Protokollzeugen bereits unterschrieben, welches am 02.07.2025 per E-Mail an alle Gemeinderäte übermittelt wurde.

Anm. der A-L dazu:

Nachstehend wird zur Info der eingebrachte Antrag um Korrektur der A-L dargelegt (in **gelb** jene Teile die **nicht akzeptiert wurden**, in **grün** jene die im **Sitzungsprotokoll berücksichtigt wurden**).

*Von der Alternative für Liebenfels (A-L) wird das mit 17.04.2025 von der Marktgemeinde Liebenfels übermittelte Sitzungsprotokoll über die GR-Sitzung vom 27.03.2025 beeinsprucht und die Richtigstellung bzw. Ergänzung gem. § 45 (5) der K-AGO wie folgt beantragt und begründet dies wie folgt:*

*Weil die A-L glaubt und sich des Eindruckes nicht erwehren kann, dass die Berichterstattung im Gemeinderatsprotokoll **wiederum** sehr einseitig und SPÖ-lastig erfolgt, weil wieder zwar Wortmeldungen „gegen“ die A-L protokolliert, jedoch deren Antworten darauf nicht protokolliert werden, sowie kritische Wortmeldungen zu Gemeindeangelegenheiten, speziell im finanziellen Bereich, offensichtlich nicht als „protokollier würdig“ erachtet werden und somit für die Leser des Sitzungsprotokolls die „Vorwürfe“ und Feststellungen in den Aussagen unwidersprochen im Raum stehen bleiben!*

*Als Beispiel wird hier von der A-L der TOP 7) angeführt, in welchen zwar die Wortmeldungen des Bgm. Köchl und des 1.VizeBgm. Weiß detailliert protokolliert sind, jedoch die Wortmeldung von GR Wipperfürth dazu, sowie beim TOP 9) die kritischen Fragen der A-L zur Finanzanalyse von Frau Mag. Falgenhauer-Schlatter, sowie deren Antworten komplett „ignoriert“ wurden im Protokoll!*

*Außerdem wurden Wortmeldungen der A-L, welche als **Begründung der Nichtzustimmung** zu TOP durch die A-L erfolgten, nicht protokolliert.*

*Aufgrund möglicher zukünftiger Haftungen für die Entscheidung als Gemeinderatsmitglied, wird vor allem bei der Nichtzustimmung zu TOP durch die A-L die **Protokollierung der jeweils erfolgten Begründungen** beantragt!*

1) **TOP 7 – Bericht Bürgermeister:**

In diesem Punkt wird von der A-L zu Unterpunkt „h) Bimbuli“ (Seite 7 und 8) folgendes angemerkt:

Die im Protokoll auf Seite 8 angeführte Aufzählung

„Somit sind für das Jahr 2024 (inkl. Fehlbetrag 2024) € 194.900,00 für die Kinderbetreuung aufzuwenden.“

ist **so nicht korrekt dargestellt**, weil hier der Bgm. Köchl 1x auf € 30.000,-- und 1x auf € 50.000,-- (und somit gesamt € 80.000,--) als Beitrag der Gemeinde in seinem Bericht **verweisen hat**.

Dies war auch der **Grund**, warum GR Wipperfürth in seiner **Wortmeldung**, die Aussage, dass der Bgm. Köchl **„bei den korrekten Zahlen bleiben soll“** getätigt hat und daher in der GR-Sitzung auf die Transferleistungen (€ 198.000,-- gem. Seite 55) und Abgangsdeckung (€ 162.000,-- gem. Seite 59) im RA 2024 verwiesen hat.

Die Summe von € 194.000,-- wurde erst beim TOP 11) in der **persönlichen Bemerkung** von **Frau Falgenhauer-Schlatte** zur Aussage von GR Wipperfürth **genannt**.

In diesem Punkt wären folgende Änderungen/Ergänzungen zu berücksichtigen (Seite 9):

In Bezug auf die Zweifel von GR Wipperfürth an den genannten Zahlen stellt Bürgermeister Köchl klar, dass diese vom Land geprüft und für korrekt befunden wurden. Er versteht nicht, warum ständig nach Fehlern gesucht werde, was dazu führe, dass sowohl die Bediensteten als auch das Land unnötig mit seitenlangen Prüfungen beschäftigt werden. Zu Beginn der Periode habe er GR Wipperfürth eine aktive Mitarbeit angeboten und er hätte sich eine produktive Zusammenarbeit mit GR Wipperfürth gewünscht.

Als Antwort zu den Aussagen des Bgm. Köchl entgegnete GR Wipperfürth, dass er sich nur der Gelöbnisformel als Gemeinderat verpflichtet fühle und sich somit an die Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu halten habe, die Gesetze beachten muss, sich durch seine Entscheidungen nicht haftbar zu machen und bei Bedenken gegen mögliche Verstöße gem. dem Land Kärnten diese dem Gemeinderat mitzuteilen habe, um wiederum nicht in die Haftung zu gehen. Weiters informiert GR Wipperfürth den Gemeinderat, dass sein Abstimmungsverhalten und seine Kritik rein auf Zahlen, Daten und Fakten aufbaut, er auf diese auch verweist und dies nichts Persönliches ist

Danach richtet GR Wipperfürth sein Wort an den Fraktionsvorsitzenden der SPÖ Liebenfels, 1. VizeBgm. Weiß, in welcher er diesem mitteilt, dass er jedoch die Anzeige bei seinem Arbeitgeber durch die SPÖ Liebenfels, in welcher diese seine Entlassung und somit die Existenzbedrohung seiner Familie in Kauf genommen haben, sehr persönlich nehme und teilt der Fraktion der SPÖ Liebenfels weiters mit, dass dies noch eine Reaktion nach sich ziehen wird!

Vzbgm. Weiß richtet sein Wort an GR Wipperfürth. Er habe zigmal versucht zu kommunizieren und darum gebeten, bei der Sache zu bleiben. Als Antwort wurde seitens GR Wipperfürth mehrmals mit Amtsmissbrauch gedroht, die Gemeinderäte würden gegen das Gesetz verstoßen und mit einem Fuß im „Häfn“ stehen. Dies hatte auch zur Folge, dass die SPÖ drei Gemeinderäte verloren hat und fügt bzgl. der Entlassung hinzu, dass sie somit etwas machen mussten.

GR Posarnig ist aktuell auch kein Freund der Fassadenoptik des Gemeindeamtes, man müsse schauen, wie es zum Schluss aussieht. Was ihn mehr beschäftigt sei die geplante 380 kV-Hochspannungsleitung. Dazu gebe es seitens der Gemeinde nur wenige Infos.

2) **TOP 9 – Bericht Bürgermeister:**

In diesem Punkt wären folgende Änderungen/Ergänzungen zu berücksichtigen (Seite 12):

Mag. Falgenhauer-Schlatte erklärt, dass schon Schulden vorhanden sind, diese jedoch ausschließlich dem Gebührenhaushalt zuzuordnen sind und somit vollständig durch Gebühreneinnahmen gedeckt werden.

Die Marktgemeinde Liebenfels hat sich also keinesfalls mit dem Bau des Bildungszentrums verschuldet.

Es folgt eine längere Diskussion.

In dieser Diskussion wurde von GR Wipperfürth u.a. nachgefragt, ob es korrekt ist, dass man die offene Kommunalsteuer in der Höhe von rund € 212.000,-- als Abgang sehen muss und sich somit für das Jahr 2024 ein Minus von eigentlich € 300.000,-- ergeben hätte bzw. ohne die früher einlangenden Mittel aus dem Bildungsbaufonds, welche erst für 2025 eingeplant waren, das Minus sogar € 900.000,-- betragen hätte. Weiters ob die Ansicht der A-L richtig ist, dass zwar dadurch das Minus im RA 2024 mit € 90.000,-- geringer ausfällt, jedoch die Kommunalsteuer und die vorgezogenen Mittel des Bildungsbaufonds in den folgenden RA entsprechend negativ auswirken werden. Diese Aussagen wurden von Frau Mag. Falgenhauer-Schlatte bejaht.

Danach verweist GR Wipperfürth auf ihre Erläuterungen hinsichtlich der Ertragsanteile (gesunken von 50% auf 39,52%) und Aufwendungen aus Transfers (gleichgeblieben bei 65%) und somit die finanzielle Lage für die Gemeinde immer schwieriger wird. Hiezu merkt er an, dass die Gemeinde beurteilen wird müssen, welche Kernaufgaben auf jeden Fall zu erfüllen sind, welche (freiwilligen) Leistungen notwendig und wünschenswert wären, jedoch die Frage zu stellen ist, ob sich die Gemeinde diese noch leisten wird können bzw. wo Einsparungen vorzunehmen sind, um Gegensteuern zu können. Auch diese Aussagen wurden von Frau Mag. Falgenhauer-Schlatte bejaht.

Einstimmig (22:0) nimmt der Gemeinderat den Bericht von Frau Mag. Sylvia Falgenhauer-Schlatte zur Kenntnis.

GR Silvia Wister nicht anwesend.

3) **TOP 17 – Zusätzliche Parkflächen Liebenfels:**

In diesem Punkt wären folgende Änderungen/Ergänzungen zu berücksichtigen (Seite 30):

GR Wipperfürth teilt mit, dass er sich nun mit seiner Wortmeldung schwertut, da er laut den übermittelten Sitzungsunterlagen von einer Pachtdauer von 50 Jahren ausgegangen ist.

Bgm. Köchl antwortet, dass ursprünglich auch von 50 Jahren ausgegangen wurde. 10 Jahre war gewünscht und man konnte sich dann auf eine Pachtdauer von 20 Jahren einigen.

GR Wipperfürth ersucht, dass bei Änderungen von Sitzungsunterlagen in Zukunft die Gemeinderäte entsprechend darüber informiert werden, um bei den Vorbereitungen die aktuellen Informationen zu haben und den übermittelten Unterlagen auch Vertrauen zu können. Dies wurde vom Bgm. Köchl zugesagt.

Weiters führt er aus, dass bei 20 Jahren immer noch Ausgaben in der Höhe von € 166.080,-- zu leisten wären und für die Erdabtragung und Befestigung mit KRC-Material, sowie wie im Pachtvertrag angeführt, auch die Kosten für Versickerung, Zaun und Beleuchtung durch die Gemeinde zu leisten sind, was ebenfalls Kosten verursacht. Daher wäre aus Sicht der A-L ein Ankauf sinnvoller, weil dies günstiger wäre und dann die Gemeinde das Areal als Eigentum hätte.

Vom Bgm. Köchl wurde dazu dem Gemeinderat mitgeteilt, dass der Grundstückseigentümer nur einer Verpachtung zustimmt, aber keinen Verkauf in Erwägung zieht.

Für GR Klier sind auch der Preis und die zusätzlichen Kosten für das KRC-Material, Zaun etc. ein Thema. Ein offener Durchgang zum Hauptplatz wäre sinnvoll

4) **TOP 20 – Auftragsvergabe Bildungszentrum und Gemeindeamt – Malerarbeiten (Fassade):**

Aufteilung:

Bildungszentrum € 70.466,80

Gemeindeamt € 21.964,40

Durch GR Wipperfürth wird dem Gemeinderat mitgeteilt, dass die A-L in der GR-Sitzung vom 01.07.24 bei keinen der Auftragsvergaben zugestimmt und dies entsprechend und ausführlich aufgrund möglicher Verstöße gegen gesetzliche Bestimmungen gegen das BVerg 2018 i.d.g.F. in ihrer Wortmeldung begründet hat.

Aus Sicht der A-L hat sich an der Situation nichts geändert und daher wird die A-L auch weiterhin bei Auftragsvergaben für das BZ und das Gemeindeamt Liebenfels nicht zustimmen!

Der Vorsitzende stellt den Antrag, die Auftragsvergabe für die Malerarbeiten an die Fa. Malerei Sucher zu beschließen.

Mehrstimmig (22:1\*) wird die Auftragsvergabe für die Malerarbeiten an die Fa. Malerei Sucher vom Gemeinderat beschlossen.

\*dagegen: GR Harry Wipperfürth (A-L)

5) **TOP 21 – Auftragsvergabe Bildungszentrum– Bautischler:**

Netto-Angebotssumme € 78.931,00

zuzüglich UST 20 % € 15.786,20

Brutto-Auftragssumme € 94.717,20

zu vergeben.

Durch GR Wipperfürth wird dem Gemeinderat mitgeteilt, dass die A-L analog zur Begründung zum TOP 20) ebenfalls nicht zustimmen wird!

Der Vorsitzende stellt den Antrag, die Auftragsvergabe für die Bautischlerarbeiten Innentüren Bildungszentrum an die Tischlerei Konec, Konec GmbH, zu beschließen.

Mehrstimmig (22:1\*) wird die Auftragsvergabe für die Bautischlerarbeiten Innentüren Bildungszentrum an die Tischlerei Konec, Konec GmbH, vom Gemeinderat beschlossen.

\*dagegen: GR Harry Wipperfürth (A-L)

**Zu 4) Bestellung von zwei Mitgliedern des Gemeinderates zur Unterfertigung der Niederschrift:**

Durch GR Eberhard (SPÖ) wird festgehalten, dass Sie nicht mehr bereit ist, wegen der eingebrachten Änderungsanträge der A-L als Protokollzeuge zur Verfügung zu stehen. In ihrer Aussage merkt sie ua. an, dass man entweder ein **fotografisches Gedächtnis** haben muss oder die **Sitzungen aufnimmt**, weil **anders ist es nicht möglich**.

Weiters wurde durch den Bgm. Köchl (SPÖ) ua. in diesem Zusammenhang auch angemerkt, dass GR Wipperfürth zwar **wortwörtliche Wortmeldungen protokollieren** lasse, aber bei der **Wortmeldung dann andere Inhalte gesagt** werden!

Durch GR Klier (ÖVP) wurde angemerkt, dass GR Wipperfürth die Dinge sehr genau nimmt, **oft zu genau!** Weiters weist er daraufhin, dass im GR-Sitzungsprotokoll die Aufnahme des Beschlusses ausreichend ist und wenn das GR-Sitzungsprotokoll sehr lange wird, liest es keiner mehr. GR Klier fragt dann nach, wie GR Wipperfürth eine mögliche Lösung dafür sehe.

Durch GR Wipperfürth wurde daraufhin entgegnet, dass er bei den **Änderungsanträgen** zu den GR-Sitzungsprotokollen immer nur die **Wortmeldungen der A-L betreffend verlangt** hat, z.B. dass bei der Analyse der Gemeindefinanzen, die Fragen der A-L und die Antworten der Expertin überhaupt nicht dokumentiert wurden.

Weiters merkt GR Wipperfürth an, dass er im Zuge der Vorbereitung die **eigenen Wortmeldungen schon fertig vorbereitet** auf seinem Tablett bzw. ausgedruckt mit hat und somit **genau weiß, welche eigenen Wortmeldungen er vorgebracht hat** in der GR-Sitzung.

Bgm. Köchl entgegnet darauf, dass eine Protokollierung eines **Gespräches zwischen zwei Personen** nicht im Sitzungsprotokoll notwendig ist.

Danach **weist** GR Wipperfürth die **Unterstellungen** von GR Eberhard und Bgm. Köchl **entschieden zurück**, verweist nochmals darauf, dass er bisher **nur das Vorgelesen habe**, was auch **geschrieben war** und möchte dies **auch so protokolliert haben.**

#### Anmerkung GR Wipperfürth:

*Grundsätzlich werte ich die gewählte Vorgehensweise **der SPÖ als „vorbereitete geplante Aktion“**, die wiederum nur **gegen mich gerichtet** war (dies wurde gem. Rückmeldungen von anderen Gemeinderäten und Zuhörern auch von diesen so wahrgenommen).*

*Ich **bereite mich so gut es geht** (auch gesetzestextmäßig) auf die einzelnen TOP vor, was oft **mehrere Abende in Anspruch nimmt** (bei dieser GR-Sitzung waren es 21 Seiten an Unterlagen am Tablett, sowie 6 ausgedruckte Seiten für Wortmeldungen, bei der GR-Sitzung am 27.03.2025 waren es 22 Seiten an Unterlagen am Tablett, sowie 10 ausgedruckte Wortmeldungen).*

*Die vorbereiteten Unterlagen habe ich dann am Tablett, sowie die Wortmeldungen ausgedruckt mit. Je nachdem wie im jeweiligen TOP informiert bzw. agiert wird, verwende ich diese Unterlagen bei den Wortmeldungen oder eben nicht.*

*Auch der **Bericht der A-L** ist bereits vor der GR-Sitzungen **entsprechend grundsätzlich vorbereitet** und wird nur mehr ergänzt mit **zusätzlich getroffenen Aussagen** von mir, welche ich während der GR-Sitzung am Tablett bei den einzelnen Punkte **stichwortartig mitdokumentiere** (und ja, mein Gedächtnis ist noch sehr gut – da kann ich nicht klagen!).*

*Bzgl. dem **Gespräch zwischen zwei Personen**, möchte ich anführen, dass dies **kritische Fragen und Feststellungen der A-L** zur **Finanzlage der Marktgemeinde Liebenfels** waren, sowie die daraufhin **erfolgten Antworten** der extra für diesen Punkt **von der Marktgemeinde Liebenfels engagierten Expertin.***

#### Hier zur Info nochmals der Inhalt des „Gespräches zwischen zwei Personen“:

*Nach der Wortmeldung von Bgm. Köchl, meldet sich GR Wipperfürth zu Wort, in welcher er folgende Punkte vorbringt und mit der Expertin bespricht:*

*Zuerst bedankt sich GR Wipperfürth bei der **Expertin** für die **sehr anschauliche** und vor allem **informative Darstellung** der Wirtschafts- und Finanzlage der Marktgemeinde Liebenfels.*

Bzgl. Bimbulli hält GR Wipperfürth nochmals fest, dass er die Arbeit von Bimbulli top findet, ihm bewusst ist, dass dies viel kostet und dankt der Expertin vor allem für die **Erläuterung und Darstellung der Zahlen**, welche er sich in der Form auch **vom Herrn Bgm. Köchl erwartet hätte**.

Danach spricht GR Wipperfürth die **Quote freie Finanzspitze (FSQ)** an, dass diese **seit 2021** (mit Ausnahme 2022) **im Minus** ist, im **RA 2024 mit -10,25 %** und im VA 2025 dzt. mit -7,25 %. Frage an die Expertin, bedeutet dies (ab einem Minus von 0,83 %), dass die **operativen Ausgaben nicht mehr von den operativen Einnahmen gedeckt** sind?

Dies wird von der Expertin nicht so gesehen und sie verweist darauf, dass man die **Zahlen** aus dem **RA 2024** nicht mit jenen direkt vergleichen kann, wie auf der Leinwand dargestellt, weil die Zahlen durch die Expertin **anders bewertet werden (müssen)**, als wie diese im RA 2024 dargestellt wurden.

Als nächstes spricht GR Wipperfürth den Abgang des RA 2024 an, welcher

- auf den **ersten Blick** mit einem **Minus** von **rund € 90.000,--** nicht einmal so schlecht aussieht;
- jedoch noch eine **offene Kommunalsteuer** in der Höhe von **rund € 212.000,--** enthält, welche aufgrund Insolvenzen von Firmen als wohl nicht mehr einforderbar anzusehen sind;
- sowie dem Umstand, dass beim **Bildungsbaufonds € 600.000,--** mehr als Einzahlungen eingegangen sind als **ursprünglich geplant**.

Daher fragt GR Wipperfürth die Expertin, ob dies **korrekt ist**, wenn man

- die **offene Kommunalsteuer** als **Abgang** sehen muss;
- somit für das **Jahr 2024** das **Minus eigentlich € 300.000,--** bzw.
- **ohne** die **früher einlangenden Mittel** des Bildungsbaufonds dieses **sogar € 900.000,--** betragen hätte.

Weiters die Ansicht der A-L, dass zwar dadurch das **Minus im RA 2024 geringer ausfällt**, aber die **Kommunalsteuer** und die **vorgezogenen Mittel** des Bildungsbaufonds in den **folgenden RA entsprechend auswirken werden**.

Diese **Aussagen** werden von der Expertin **bejaht!**

Dann spricht GR Wipperfürth die Aussage der Expertin an,

- in welcher sie erläutert hat, dass die **Ertragsanteile** seit 2021 von **50 % auf 39,52 %** im Jahr 2024 **gesunken** sind;
- auf der anderen Seite die **Aufwendungen aus Transfers** bei **65 % gleichgeblieben** sind;
- im Ausblick auf den **VA 2025** die **Ertragsanteile auf 38,71** weiter **fallen** und die **Aufwendungen auf 67,28 %** weiter **steigen** werden;
- somit die **finanzielle Lage** für die Gemeinden **immer schwieriger wird**.

GR Wipperfürth verweist aufgrund der Aussage darauf, dass die **Gemeinde beurteilen** und sich **Gedanken wird machen müssen**,

- was sind die **Kernaufgaben der Gemeinde**, die sie auf **jeden Fall erfüllen** muss;
- welche **(freiwilligen) Leistungen** wären notwendig bzw. der Erhalt für die Bevölkerung auch aus Sicht der A-L absolut wünschenswert wäre, jedoch die **Frage zu stellen ist**, ob es sich die **Gemeinde noch leisten wird können**;
- wo **Einsparungen vorzunehmen** sein werden um **Gegensteuern zu können**;
- daher hat die A-L heute auch einen entsprechenden **Antrag zur Konsolidierung des Haushaltsbudgets** eingebracht im Gemeinderat der später noch verlesen werden wird.

Diese **Aussagen** werden von der Expertin **bejaht!**

Von den oa. Aussagen wollte die A-L nachstehende **Zusammenfassung** im GR-Sitzungsprotokoll dokumentiert haben, weil dieser Bereich überhaupt nicht im GR-Sitzungsprotokoll abgebildet war, welches von den **Protokollzeugen abgelehnt** wurde:

*In dieser Diskussion wurde von GR Wipperfürth u.a. nachgefragt, ob es korrekt ist, dass man die offene Kommunalsteuer in der Höhe von rund € 212.000,-- als Abgang sehen muss und sich somit für das Jahr 2024 ein Minus von eigentlich € 300.000,-- ergeben hätte bzw. ohne die früher einlangenden Mittel aus dem Bildungsbaufonds, welche erst für 2025 eingeplant waren, das Minus sogar € 900.000,-- betragen hätte. Weiters ob die Ansicht der A-L richtig ist, dass zwar dadurch das Minus im RA 2024 mit € 90.000,-- geringer ausfällt, jedoch die Kommunalsteuer und die vorgezogenen Mittel des Bildungsbaufonds in den folgenden RA entsprechend negativ auswirken werden. Diese Aussagen wurden von Frau Mag. Falgenhauer-Schlatte bejaht.*

*Danach verweist GR Wipperfürth auf ihre Erläuterungen hinsichtlich der Ertragsanteile (gesunken von 50% auf 39,52%) und Aufwendungen aus Transfers (gleichgeblieben bei 65%) und somit die finanzielle Lage für die Gemeinde immer schwieriger wird. Hiezu merkt er an, dass die Gemeinde beurteilen wird müssen, welche Kernaufgaben auf jeden Fall zu erfüllen sind, welche (freiwilligen) Leistungen notwendig und wünschenswert wären, jedoch die Frage zu stellen ist, ob sich die Gemeinde diese noch leisten wird können bzw. wo Einsparungen vorzunehmen sind, um Gegensteuern zu können. Auch diese Aussagen wurden von Frau Mag. Falgenhauer-Schlatte bejaht.*

Aber es ist der A-L nicht neu, dass **kritische Fragen, Feststellungen** oder **Hinweise auf (mögliche) Verstöße gegen gesetzliche Bestimmungen** durch den Bürgermeister bzw. des Gemeinderates bei der Beschlussfassung in den (auf der Homepage veröffentlichten) **GR-Sitzungsprotokollen (sehr oft) nicht aufscheinen**, sogar wenn eine **wortwörtliche Protokollierung verlangt** wurde!

Zur Aussage von Bgm. Köchl, dass ich **was anderes vorlese, als ich dann wortwörtlich protokollieren lasse**, ist dies **einfach eine Lüge!** Vielleicht sollte man, wenn Wortmeldungen erfolgen, auch **richtig zuhören** und nicht mit anderen Parteimitgliedern **währenddessen reden**, falls man **überhaupt zuhört** (gem. Info eines anwesenden Zuhörers nach der GR-Sitzung am 03.10.2024, wurde mir mitgeteilt, dass beim TOP 11) 1. NVA 2024 eine SPÖ-Abgeordnete zur anderen meinte im O-Ton „**Jetzt kannst auf Durchzug schalten!**“.

Dieses „**abwertende**“ **Verhalten** einzelner GR-Mandatare der SPÖ wurde **schon öfters von mehreren Zuhörern kritisiert** und mir nach den GR-Sitzungen mitgeteilt, sowie auch von meinem Vertreter bei der GR-Sitzung am 12.12.2024 festgestellt („**jetzt liest der auch schon so viel**“).

Gem. einer Auskunft des **Landes Kärntens** aufgrund einer Rückfrage der A-L, wurde dazu bekanntgegeben, dass im GR-Sitzungsprotokoll die Aufnahme des **Tagesordnungspunktes** und der **gefasste Beschluss** grundsätzlich **ausreichend** ist (Ausnahme ist, wenn jemand extra die Protokollierung verlangt).

D.h. die „Willensbildung“ (z.B. warum der Beschluss so gefasst wurde, welche Einwände es gegeben hat etc.) muss somit nicht (unbedingt) abgebildet werden. Die A-L versucht jedoch, so weit wie möglich, eine **Protokollierung Ihres Handelns zu erreichen**, umso **Ihre Entscheidungen nachvollziehbar** zu machen, auch aus **Haftungsgründen!**

#### Zu 4a) Deponie Zweikirchen:

Als erstes fragt GR Wipperfürth den Hr. Eibensteiner (in weiterer Folge als Gutachter bezeichnet), ob er sich die Unterlagen beim Land Kärnten angesehen habe. Der Gutachter erwidert, dass er sich die **abfotografierten Unterlagen der Initiative angesehen** habe.

GR Wipperfürth merkt an, wenn die Firma alles so genau nimmt, wie er vorgetragen hat, warum wurde, wie in den Einreichungsunterlagen herauslesbar, die **erste Einreichung** im Jahr 2023 **wegen Mängel zurückgezogen?**

Anm. der A-L:

*Es wurden Mängel in 8 Fachbereichen festgestellt. Die Zurückziehung erfolgte aufgrund nicht Umsetzbarkeit der Nachforderungen innerhalb der von der Behörde gesetzten Frist gem. Seite 6 der Einreichungsunterlagen)?*

GR Wipperfürth fragt nach, warum in den Einreichunterlagen **nicht** auf die 3 in der Nähe liegenden LSG, insbesondere dass nur **ca. 150 m entfernte LSG HAIDENSEE-HARDEGG eingegangen** wurde?

Danach merkt GR Wipperfürth an, dass gem. Gutachter kaum eine Brandgefahr von einer solchen Deponieart wie in Zweikirchen ausgeht und fragt nach, ob wenn das **danebenliegende Holzlager brennen** würde, ob dies eine **Gefahr für die Deponie** darstellen kann? Dies wird vom Gutachter aufgrund der **Geländegegebenheiten ausgeschlossen**.

Weiters fragt GR Wipperfürth nach, ob es üblich ist, dass eine Deponie direkt **unter einer 110kV-Leitung liegt** und ob hier eine **Gefahr besteht**, wenn die „Deponieberge“ links und rechts über die 110kV-Leitung hinauswachsen, wie in der Grafik bei den Einreichunterlagen (*Anm. der A-L: Seite 5, Abb. 3*) ersichtlich ist. Außerdem merkt er an, dass eine Nutzung als Gewerbepark, wie vom Gutachter in seinen Erklärungen ausgeführt, bei den geplanten „Deponiebergen“ nicht möglich ist bzw. (dzt.) wohl nicht vorgesehen sein sollte.

Durch den Gutachter wird hier mitgeteilt, dass ein **Abstand von mind. 5 m** einzuhalten ist und **keine Gefahr bei Einhaltung** des Abstandes vorliegen sollte und dass auch bei der **Deponie in Blintendorf** eine **Leitung über der Deponie verläuft**.

Danach fragt GR Wipperfürth beim Bgm. Köchl nach, warum bei den **drei ÖEK-Besprechungen**, wo die **letzte am 15.04.2025** stattgefunden hat, **niemals** eine **Erweiterung** der **Deponie Zweikirchen erwähnt** worden ist?

Bgm. Köchl sieht auf den Unterlagen der amtlichen Kundmachung der abfallwirtschaftlichen Genehmigungsverhandlung des Landes Kärnten nach dem Einlaufdatum nach und teilt anschließend mit, dass die **Marktgemeinde Liebenfels erst am 16.05.2025 davon Kenntnis erlangt** hat.

Zum Abschluss beantragt GR Wipperfürth, dass die **Bevölkerung bis zur Genehmigungsverhandlung** ihre **Fragen und Bedenken** an die Marktgemeinde Liebenfels **übermitteln** kann, damit die **Marktgemeinde Liebenfels** diese **als Partei** bei der Genehmigungsverhandlung **im Sinne und zum Wohle der Bevölkerung vorbringt!**

#### Zu 5) Bericht Bürgermeister:

Im Bericht des Bürgermeisters wird auch darauf hingewiesen, dass die **vier** von der **A-L** bei der GR-Sitzung am 27.03.2025 an den Gemeinderat **eingebrachten Anträge** (*Links siehe unten*) durch den **Gemeindevorstand behandelt** worden sind und in den **nächsten Tagen** dazu eine **schriftliche Antwort** ergeht.

Auf die Rückfrage von GR Wipperfürth, ob somit **keine Behandlung** der Anträge im **Gemeinderat erfolgt**, obwohl diese an den Gemeinderat gerichtet worden sind, wird dies vom **Bgm. Köchl bejaht**.

[Antrag um Herabsetzung der Sitzungsgelder auf die gesetzlich mögliche Mindesthöhe \(zusammen mit den Gemeinderäten der FPÖ und FGL\)](#)

[Antrag zur Konsolidierung des Haushaltsbudgets der Marktgemeinde Liebenfels](#)

[Antrag um Änderung der Marktordnung für den Liebenfelser Markt \(Wochenmarkt\)](#)

[Antrag um Information der Gemeindebevölkerung und Petition Gemeinderat bzgl. „Netzraum Kärnten“](#)

Weiters fragt GR Wipperfürth nach, ob es Probleme beim Hochbehälter im Bereich Zweikirchen gibt wegen einer Verunreinigung und das Wasser dzt. aus St. Veit/Glan bezogen wird.

Durch den 1.VizeBgm. Weis erfolgt dahingehend eine entsprechende Antwort, dass es dzt. durch eine Auswaschung zu einer Verunreinigung gekommen ist. Durch den AL Radlacher wird dahingehend widersprochen, dass dies seit Monaten bereits erledigt ist.

#### Zu 7) Anpassung Kinderbetreuungsordnung:

GR Wipperfürth fragt nach, was der Grund ist, dass die Öffnungszeiten in der Früh von 0600 Uhr auf 0645 Uhr geändert wurden und ob das Angebot seitens der Eltern nicht genutzt wurde.

Durch den AL Radlacher wird mitgeteilt, dass somit nicht alle Kindergartengruppen offen gehalten werden müssen und jene Kinder, welche zwischen 0600 Uhr und 0645 Uhr in die Betreuung gebracht werden in einer Sammelgruppe bis 0645 Uhr betreut werden.

#### Zu 9) Tauwettersperren – Anhebung Gewichtsbeschränkungen:

GR Wipperfürth merkt an, dass gem. der zu beschließenden Verordnung **sämtliche Gemeinde- und Verbindungsstraßen** gem. Einreichungsverordnung von 20.12.2011 betroffen sind und fragt nach, ob es korrekt ist, dass überall wo z.B. eine Verbindungstraße mit einer Bundesstraße „zusammenkommt“ eine Tafel aufgestellt und nach Ablauf der Tauwettersperre wieder abgebaut wird. Dies wird **bejaht**.

Daraufhin merkt GR Wipperfürth an, dass die Einreichungsverordnung 2011 insgesamt **drei Gemeindestraßen** (Liemberg, Gradenegg und Pulst-Sörg), sowie **124 Verbindungsstraßen** enthält.

Von den 124 Verbindungsstraßen grenzen 13 an eine Bundesstraße, 36 an eine Landesstraße und 13 an eine Gemeindegrenze, wo somit Verkehrstafeln grundsätzlich aufzustellen wären, wenn man die innergemeindeliegenden Verbindungsstraßen nicht berücksichtigt. D.h. es müssen **zumindest 62 Verkehrstafeln angekauft**, sowie bei Tauwettersperre **aufgestellt** und danach wieder **entfernt** werden. Dies wird vom AL Radlacher **bejaht**!

#### **Zu 10) Rüsthaus Sörg – geplanter Zubau und Finanzierungsplan:**

Gem. dem im Gemeinderat vorgelegten Unterlagen und vor allem dem vorgelegten Finanzierungsplan sind für das Vorhaben „Rüsthaus Sörg“ Projektkosten in der Höhe von € 390.000,-- geplant, welche durch eine **Förderzusage** von **LR Fellner** in der Höhe von **€ 300.000,--** und durch **Eigenleistungen der FF Sörg** in der Höhe von **€ 90.000,--** gedeckt sind.

Durch die A-L erfolgte aus **privaten Haftungsgründen** eine **Zustimmung für das Projekt in der Höhe der geplanten Projektkosten von € 390.000,--**, weil hiermit keine Kosten für die Marktgemeinde Liebenfels anfallen, welche nicht der laufenden Verwaltung zuzurechnen sind. Die **Protokollierung** im GR-Sitzungsprotokoll dieser „projektkostenorientierten **Zustimmung bis € 390.000,--**“ wurde durch die A-L **verlangt**!

#### **Zu 11) 1. Nachtragsvoranschlag 2025:**

Nach dem Bericht des NRAbg. Bgm. Köchl erfolgt durch GR Wipperfürth nachstehende Wortmeldung zum 1. NVA 2025, welche dieser wortwörtlich protokollieren lässt:

##### **Wortwörtliche Wortmeldung der A-L:**

In den textlichen Erläuterungen zum RA 2024, Pkt. 3.5 wurde bei der Analyse klar festgehalten, dass bei der **Eigenfinanzierung die operativen Einnahmen nicht mehr ausreichen**, um die **operativen Ausgaben abdecken zu können**, womit sich die **A-L** in ihrer bis dahin bereits mehrfach geäußerten **Argumentation bestätigt** fühlt.

Gem. der Quote Freie Finanzspitze (FSQ) bedeutet **ein Wert unter Null**, dass die **fortdauernde Gebarung nur** auf Basis einer **Netto-Neuverschuldung finanzierbar** ist!

Im **RA 2024** wies die FSQ einen Wert von **minus 10,25** auf, was somit **0 Punkte** und die **Note 5** für das Haushaltsbudget der Marktgemeinde Liebenfels bedeutet hat.

Der **VA 2025** weist einen Wert von **minus 7,42** auf, welcher sich im 1.NVA 2025 sogar auf **minus 8,97** verschlechtert. Auch die **RA 2021** und **RA 2023** lagen **im Minus**!

Somit ist die Marktgemeinde Liebenfels **weit weg** von einer **positiven Budgetentwicklung** und einem **ausgeglichenen Haushalt**.

Dies wird auch durch den mittelfristigen Finanzplan im VA 2025 für die Jahre 2026 – 2029 bestätigt, wo ein **jährliches Minus** zwischen **€ 730.000,-- bis € 860.000,-- prognostiziert** wird (dem 1. NVA liegt der MFP nicht bei).

Durch die FPÖ und der A-L wurde im Jahr 2024 bereits mehrfach darauf hingewiesen, dass sich der Gemeinderat, aufgrund der angespannten finanziellen Lage der Marktgemeinde Liebenfels, mögliche Einsparungspotenziale im Ausgabenbereich des Haushaltsbudgets ansehen sollte.

Bei der GR-Sitzung am 27.03.2025 wurde dahingehend auch ein **Antrag der A-L zur Haushaltskonsolidierung** eingebracht und zur Behandlung dem **Gemeindevorstand** zugewiesen.

Bgm. Köchl zeigte sich zwar in den Wortmeldungen dazu aufgeschlossen, **passiert ist bis dato jedoch nichts**, eher im Gegenteil, wie die „Werbe“-Aktion bei der Einweihung des neuen Parkplatzes letzten Freitag gezeigt hat. Im Gegenzug wird die Bevölkerung mit Erhöhungen im Wasser- und Kanalhaushalt belastet!

Aufgrund der oa. sich immer weiter **verschärfenden Finanzsituation** der Gemeinde, manövrieren wir uns in eine Position, in der wir zukünftig bei den **fraglos notwendigen Investitionen EXTREM** von **Fremdkapital- oder Fördergebern abhängig** werden. In einer solchen Position besteht die **immanente Gefahr**, dass die **Eigenständigkeit der Gemeinde** in absehbarer Zeit **massiv gefährdet** ist!

In diesem Zusammenhang verweist die A-L auf ein Gutachten, in welchem ua. festgehalten wurde, dass wenn es zu einer (materiellen) Insolvenz einer Gemeinde kommt, die dafür verantwortlichen Organe mit ihrem privaten Vermögen haften könnten, wenn z.B. ein kridaträchtiges Handeln vorliegt.

**Kridaträchtiges Handeln** liegt gem. diesem Gutachten vor, wenn außergewöhnlich **gewagte Geschäfte eingegangen** werden, die **nicht zum gewöhnlichen Wirtschaftsbetrieb** gehören oder wenn **übermäßiger**, mit den **Vermögensverhältnissen** oder der **wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit** in **auffallenden Widerspruch stehender Aufwand** betrieben wird.

Da aus Sicht der A-L seitens des Gemeinderates **keine entsprechenden Maßnahmen zur Konsolidierung** des Haushaltsbudgets bis dato erfolgt sind und nach dem dzt. Handeln auch **nicht erwartbar sind**, wird die A-L außer für Ausgaben der laufenden Verwaltung **keine Zustimmung mehr erteilen**, um so persönlich nicht in einen Bereich der **privatvermögenden Haftung** zu gelangen!

Gem. dem Gutachten versteht man unter **laufender Verwaltung** die Besorgung der **regelmäßig vorkommenden wiederkehrenden Verwaltungsaufgaben** einer Gemeinde ohne **weitertragende finanzielle, wirtschaftliche, politische** oder **ähnliche Bedeutung**!

Daher hat die A-L bereits dem VA 2025 nicht zugestimmt und wird auch dem noch schlechter ausfallenden **1. NVA 2025 nicht zustimmen**!

Ende der wortwörtlichen Wortmeldung!

Danach fährt GR Wipperfürth fort und merkt an, dass es jeden Gemeinderat seine eigene Entscheidung ist, ob er wo zustimmt oder nicht und dieser somit für sein Handeln selbst verantwortlich ist.

Durch den **Bgm. Köchl** wird ua. in seiner Wortmeldung dazu kundgetan, dass **keiner Angst haben** muss, dass er dafür **haftbar gemacht werden wird**. Durch **GR Keutschacher (ÖVP)** erfolgt jedoch in ihrer Wortmeldung dazu, dass es diese **private Haftung für Gemeinderäte sehr wohl gibt**, dessen sollte man **sich bewusst sein**.

**Zu 12) Postbus Shuttle Sonnenland:**

Hier erfolgte **keine Zustimmung der A-L**, weil es sich **nicht um Ausgaben der laufenden Verwaltung** handelt.

Nach dem TOP 13) und vor Eingehen in den nichtöffentlichen Teil verliert der Bgm. Köchl den gemeinsamen Dringlichkeitsantrag der A-L, FPÖ, ÖVP und FGL bzgl. der Aufnahme des TOP „Beratung und Beschlussfassung über die weitere Vorgehensweise bezüglich des AWG-Verfahrens Deponie Zweikirchen“.

Da dieser vor der Aufnahme in die Tagesordnung übergebene Dringlichkeitsantrag im TOP 4a) behandelt worden ist, wird dieser zur weiteren Behandlung gem. K-AGO dem Gemeindevorstand zugewiesen.

Für die A-L

*GR Wipperfürth e.h.*